

## WARUM LÖHNE AUSEINANDER DRIFTEN

# Gerechtere Lohnerhöhungen

„Die Reichen werden reicher – die Armen ärmer“. Dieser Spruch gilt leider auch bei Löhnen und Gehältern: Die Schere klafft immer weiter auseinander. Schuld daran ist die Praxis, Löhne prozentuell zu erhöhen.

Laut Erhebungen des Wirtschaftsforschungsinstituts lag das reale monatliche Nettoeinkommen der Österreicherinnen und Österreicher mit 1.516,96 Euro im Vorjahr unter dem Niveau von 1991. Angesichts dieser schockierenden Tatsache sind die Forderungen nach kräftigeren Lohnerhöhungen mehr als gerechtfertigt.

Doch besonders Beziehenden niedrigerer Einkommen drohen angesichts dieser Entwicklung in die Armut abzurutschen. Denn während die Preissteigerungen zur Deckung von Grundbedürfnissen wie Nahrung, Wohnen und Energie enorm sind, sind gerade Niedrigverdiener und -verdienerinnen bei prozentuellen Lohnerhöhungen im Nachteil.

Warum das so ist, zeigt das folgende Beispiel: Herr Führungspersonal verdient 10.000 Euro monatlich, Frau Minilohn 1.000 Euro. Bei einer Erhöhung der Bezüge um 2 % bekommt Herr Führungs-

personal um 200 Euro mehr, während Frau Minilohn die Erhöhung um 20 Euro kaum wahrnimmt.

Ein Jahr später wiederholt sich das Spiel. Aus 10.200,- werden nun 10.404 Euro, aus 1.020 Euro werden 1.040,40. Innerhalb von nur zwei Jahren vergrößert sich die echte Einkommensdifferenz zwischen unseren beiden Einkommensbezieher/innen bereits um 363,60 Euro!

So kommt es, dass die Beziehenden höherer Einkommen bei jeder prozentuellen Lohnerhöhung wesentlich mehr profitieren, Niedrigverdiener kommen aus ihrer Misere hingegen nie heraus. Sogenannte „Einmalzahlungen“ sind aber keine Lösung, wenn die Basis für Berechnung in den Folgejahren niedrig bleibt.

Die KPÖ fordert daher neben Lohnerhöhungen, die die gestiegenen Lebenshaltungskosten wirklich abdecken, garantierte Sockelbeträge für alle Lohn-Beziehenden und Beziehenden!

## BEISPIEL: EINKOMMENSENTWICKLUNG IM 10-JAHRES-VERGLEICH

Jahr	Einkommen jährlich bei 14maliger Auszahlung, Ausgangsbasis monatlich:		Differenz aus Lohn- (Gehalts)steigerung absolut
	1.000,00	4.000,00	
1996	14.000,00	56.000,00	
1998	14.567,10	58.268,30	1.701,2
2000	15.236,40	60.945,60	3.709,20
2002	16.017,30	64.069,10	6.051,80
2004	16.714,50	66.857,90	8.143,40
2006	17.551,10	70.204,50	10.653,40

(Einkommen in Euro brutto, berechnet auf Basis des Tariflohnindex, Statistik Austria)

Betrug die Differenz zwischen den beiden Einkommen vor 10 Jahren 42.000 Euro jährlich, waren es im Vorjahr bereits 52.653,40 Euro, um 10.653,40 Euro mehr!

## KOMMENTAR

## Vom richtigen Zeitpunkt

Arbeiterkammerrat des GLB: Peter Scherz



Die Wirtschaft boomt. Anfang Oktober veröffentlichte die Arbeiterkammer eine Analyse von 77 steirischen Firmen, der zu Folge die Gewinne in den untersuchten Unternehmen zwischen 2002 und 2006 im Durchschnitt um 203,9 Prozent - also auf das Dreifache! - angewachsen sind. Im gleichen Zeitraum haben die Reallöhne gerade einmal um 1,2 Prozent zugelegt.

Trotzdem sprechen sich namhafte Vertreter der Wirtschaft dagegen aus, bei den Lohnverhandlungen kräftigere Lohnerhöhungen zu akzeptieren. Die Argumente sind vielfältig. So begründet Manfred Kainz, Chef von Tool Consulting & Management, seine Skepsis folgendermaßen: „Wir stehen bei Lohnkosten und im Wettbewerb weltweit im Blickpunkt“ (Kleine Zeitung, 27. September). Jochen Pildner-Steinburg, Präsident der Industriellenvereinigung, warnt ebenfalls eindringlich davor, den Bogen angesichts der guten Wirtschaftsdaten zu überspannen.

So schaut es also aus: Wenn die Wirtschaft boomt, sollen sich die ArbeiterInnen und Angestellten zurückhalten, weil die Zeiten schlechter werden könnten. Wenn aber das Wachstum

zurückgeht und erst recht eine Stärkung der Massenkaufkraft notwendig wäre, sollen wir den Gürtel enger schnallen, um den Unternehmern zu helfen. Wenn es nach der Wirtschaftskammer geht, gibt es überhaupt keinen Zeitpunkt für eine ordentliche Lohnerhöhung!

Seit den 70er-Jahren ist der Anteil der lohnabhängigen Einkünfte am Volkseinkommen ständig zurückgegangen. Angesichts dieser Tatsache sowie der explosionsartigen Gewinnsteigerungen ist die ewige Jammerei der Wirtschaftsvertreter vor Lohnverhandlungen völlig unangebracht,

meint Ihr Peter Scherz

8./9. November:

Betriebsratswahl bei Magna:

**Nimm Dir ein Herz**



**wähl Peter Scherz**

**GLB-Liste 4**

## ERMÄSSIGUNG GESTRICHEN

## Teure Kurse

Ausgleichszulagenempfänger/innen und Beziehenden von Arbeitslosengeld konnten bisher eine 90%ige Ermäßigung auf Volkshochschul-Kurse in Anspruch nehmen. Mit Beginn des Herbst-Semesters wurde für diese beiden Gruppen die Ermäßigung gestrichen, und es gelten nur mehr die allgemeinen 20-Prozent-Rabat-

te für AK-Mitglieder. Während Arbeitslosengeldbezieher die Möglichkeit haben, sich mit der Bestätigung des aktuellen Arbeitslosengeldbezuges eine – dem Bildungsscheck gleichwertige – Reduktion des Kursbeitrages um 50 Euro zu holen, müssen Ausgleichszulagenempfänger den vollen Kursbeitrag bezahlen.